



## NEWSLETTER AUS BERLIN – NR. 1/2014

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

nach einer viel zu langen Pause melde ich mich mit diesem Newsletter bei Ihnen und Euch zurück. Viel ist inzwischen passiert. Nach der Bundestagswahl im Herbst führten wir aufreibende, aber letztendlich sehr erfolgreiche Verhandlungen mit der CDU/CSU. Der Koalitionsvertrag trägt ganz deutlich die Handschrift der SPD, was die Partei durch das Mitgliedervotum auch eindrucksvoll bestätigt hat. Nun gilt es, das gute Verhandlungsergebnis in konkrete Politik umzusetzen. Ich habe die Gelegenheit, dies in einer neuen Funktion zu tun. Als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bin ich für die Themen Verkehr und digitale Infrastruktur, Bau und Stadtentwicklung sowie die "Digitale Agenda" zuständig.

Deshalb freue ich mich besonders, gleich als erstes von einer guten Neuigkeit aus dem Bereich Stadtentwicklung berichten zu können.

Und dies sind die (weiteren) Themen dieses Newsletters:

- Kabinettsbeschluss zur Erhöhung der Städtebauförderung
- Gleiche Chancen für Frauen und Männer
- Steuerhinterziehung: Automatischer Datenaustausch wichtig
- Einheitliche TÜV-Regeln in der EU
- Keine Ausnahmen vom Mindestlohn
- Ausschreibung: Otto-Wels-Preis für Demokratie

Herzliche Grüße  
Ihr und Euer Sören Bartol



---

## **Kabinettsbeschluss zur Erhöhung der Städtebauförderung**

---

Im Bundeshaushalt 2014 werden die Mittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro angehoben. Damit setzt Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um, für die ich gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion jahrelang gekämpft habe. Deshalb freue ich mich auch persönlich sehr, dass das Bundeskabinett in der letzten Woche die Erhöhung beschlossen hat. Es besteht erheblicher Nachholbedarf, da die letzten Bundeshaushalte mit lediglich 455 Millionen Euro weit hinter dem eigentlichen Bedarf zurücklagen.

Ein wichtiges Signal für viele Regionen Deutschlands ist es auch, dass Kommunen in Haushaltsnotlagen nicht mehr von der Nutzung der Städtebaufördermittel des Bundes ausgeschlossen bleiben. Damit können gerade die Kommunen, deren Bedarf am höchsten ist, mitgenommen werden und die kommunalen Aufgaben einer sozialen und integrativen Stadtentwicklung wahrnehmen.

Von besonderer Bedeutung für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Programm "Soziale Stadt", um der sozialen Spaltung in arme und reichere Stadtteile entgegenzuwirken. Als Leitprogramm im Rahmen der Städtebauförderung wird die "Soziale Stadt" im Haushaltsentwurf mit 150 Millionen Euro Bundesmittel ausgestattet. Nach den Kürzungen auf nur noch 40 Millionen Euro ist der Bedarf in den Quartieren, die besondere soziale Integrationsleistungen erbringen müssen, groß.

In Marburg gibt es zwei Gebiete, für die sinnvolle Anträge auf Förderung seit Jahren nicht bewilligt worden sind, weil nicht ausreichend Mittel zur Verfügung standen. Für diese Gebiete, Waldtal und Ockershausen/Stadtwald, werden sich die Chancen auf Unterstützung nun deutlich verbessern.

---

## **Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

---

Damit Frauen und Männer in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen haben, brauchen wir eine solide Gleichstellungspolitik. Dazu gehört auch, mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Das kann sich auf den gesamten Lebensverlauf - insbesondere von Frauen - positiv auswirken.



Als Vorreiter in der Gleichstellungsdebatte haben wir nun endlich in Regierungsverantwortung die Möglichkeit, mit konkreten Maßnahmen mehr Gleichstellung zu verwirklichen. Dank guter Verhandlungen im Koalitionsvertrag durch unsere Familienministerin Manuela Schwesig, konnte die Union "eingefangen" und letzte Woche ein gemeinsamer Antrag mit der Union mit folgendem Inhalt auf den Weg gebracht werden:

- "ElterngeldPlus" für mehr Partnerschaftlichkeit in der Erziehung.
- Eine 10-tägige Auszeit (bei Lohnausgleich), wenn kurzfristig eine Pflegesituation eintritt.
- Weiterentwicklung des Rechts auf Teilzeit, verbunden mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.
- Eine bessere Unterstützung alleinerziehender Väter und Mütter.
- Die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und wichtigen Gremien.
- Ein Abbau der Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern.
- Und nicht zu letzt auch die Entwicklung familienfreundlicherer Arbeitszeitmodelle.

An all diesen Punkten arbeiten wir bereits seit Jahren intensiv und kontinuierlich. Wir werden in der Koalition dafür sorgen, dass die genannten Punkte zeitnah in praktische Politik umgesetzt werden. Gleichstellung tut unserem Land gut! Sie ist nicht allein eine Frage der Gerechtigkeit, sondern unerlässlich für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir weiterkämpfen für Lohngerechtigkeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Frauen in Führungspositionen!

---

### **Steuerhinterziehung: Automatischer Datenaustausch wichtig**

---

Immer mehr prominente Fälle von Steuerhinterziehung werden bekannt. Um zu verhindern, dass reiche Menschen Teile ihres Vermögens einer gerechten Besteuerung vorenthalten, brauchen wir mehr und schärfere Kontrollen der Steuerbehörden, denen dazu mehr Personal zugeteilt werden muss. Wir brauchen zudem unbedingt einen automatischen Daten- und Informationsaustausch mindestens zwischen den EU-Mitgliedstaaten, besser noch international. Das Schließen von Steueroasen oder zumindest eine Meldepflicht, wenn Kapital in solchen Staaten wie die Caiman Islands und andere transferiert werden soll, wären weitere wirkungsvolle Verbesserungen. Ebenso härtere Strafen für Banken, die bei diesen kriminellen Handlungen helfen, und die Pflicht, alle Steuern vom Zeitpunkt der Hinterziehung nachzuzahlen plus einen Strafzuschlag. Das Letztgenannte können wir übrigens national rasch einführen, wenn die CDU/CSU endlich über ihren Schatten springen würde.



Die enorme Zahl an Selbstanzeigen, die nach jedem Kauf einer Steuer-CD aus der Schweiz oder Liechtenstein bei den deutschen Behörden eingehen zeigt, dass wir dieses Instrument noch für eine Übergangszeit brauchen. Wir werden uns aber für eine Verschärfung bei der Selbstanzeige einsetzen. Künftig muss der Zeitraum, ab dem Steuern nachzuzahlen sind, deutlich verlängert und der Strafzuschlag muss deutlich erhöht werden. Das Instrument der Selbstanzeige wird erst dann verzichtbar, wenn der automatische Informationsaustausch in Europa endlich vereinbart wird.

---

### **Einheitliche TÜV-Regeln in der EU**

---

Es ist gut, dass der "Fahrzeug-TÜV" künftig in der EU nach einheitlichen Standards erfolgen soll. Das Europaparlament hat in dieser Woche Regeln zur EU-weiten Harmonisierung von Prüfinhalten und Prüfmethoden der Kfz-Hauptuntersuchung verabschiedet. Künftig sollen also zum Beispiel kroatische Fahrzeuge für die Zulassung im Straßenverkehr dieselben Sicherheitsanforderungen erfüllen müssen wie deutsche. Da Deutschland ein hohes Aufkommen an Transitverkehr hat, bedeutet das auch mehr Sicherheit für den Verkehr auf unseren Straßen. Hohe Standards für alle kann uns dem Ziel, die Anzahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren, ein gutes Stück näher bringen.

Wichtig ist, dass diese strengen Kriterien, die in Deutschland für die Verkehrssicherheit gelten, nicht aufgeweicht wurden. Für Deutschlands Autofahrer ändert sich deshalb nichts. Das ist in vielen EU-Ländern leider noch anders. So unterliegen bisher nur in jedem zweiten EU-Land Motorräder der technischen Kontrolle. Dabei gehören Motorradfahrende zu den am stärksten Gefährdeten im Straßenverkehr. In acht Prozent der Fälle sind technische Mängel die Ursache für deren Verkehrsunfälle. Daher begrüße ich es, dass die regelmäßige Hauptuntersuchung europaweit auf Anhänger und Motorräder ausgedehnt werden soll.

---

### **Keine Ausnahmen vom Mindestlohn**

---

Wirtschaftsverbände wie zuletzt der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordern weitreichende Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn. Diese Forderungen weist die SPD-Bundestagsfraktion zurück. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde mit Ausnahmen, die auf das Notwendigste beschränkt sind, ist wichtig, um hunderttausenden Beschäftigten ohne Tariflohn und in Minijobs eine bessere Bezahlung zu





garantieren.

Junge Erwachsene, Langzeitarbeitslose und geringfügig Beschäftigte vom Mindestlohn auszuschließen, wäre eine Ungleichbehandlung, die den eigentlichen Zweck des Gesetzes unterlaufen und gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ab 2015 soll einen angemessenen Mindestschutz vor Dumpinglöhnen für alle abhängig Beschäftigten bieten. Dies ist gerade im dienstleistungsintensiven Gastgewerbe notwendig, wo fast eine Million Menschen in Minijobs beschäftigt sind und zwei Drittel ohne Tarifbindung arbeiten müssen. Nur motivierte Beschäftigte in den Unternehmen können für die hohe Angebotsqualität sorgen, auf die der Deutschlandtourismus angewiesen ist.

Ausnahmen würden zu neuen Verdrängungseffekten führen, da die Gefahr besteht, dass Unternehmen Beschäftigte mit Mindestlohn durch solche ohne Mindestlohn ersetzen. Weniger sozialversicherungspflichtige und mehr prekäre Beschäftigung im Gastgewerbe wäre zu befürchten. Mit dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn schaffen wir für Beschäftigte, Betriebe, Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter verbindliche und faire Rahmenbedingungen.

---

### **Ausschreibung: Otto-Wels-Preis für Demokratie**

---

Am 23. März 2013 hat sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal geäußert. Aus diesem Anlass lobte die SPD-Bundestagsfraktion erstmals einen "Otto-Wels-Preis für Demokratie" aus. Auch 2014 wird er wieder verliehen.

Mit dem Otto-Wels-Preis zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion gemeinnütziges Engagement aus. In Marburg-Biedenkopf gibt es eine Vielzahl von Gruppen, die sich mit den Mitteln von Kunst und Kultur erfolgreich für Integration und Demokratie engagieren. Derartiges Engagement wird mit dem Otto-Wels-Preis gewürdigt. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin.

Schwerpunkt liegt in diesem Jahr auf Initiativen im Bereich Kunst und Kultur. Angesprochen sind Kulturvereine, Kulturzentren, Chöre und andere kulturelle Initiativen, die mit Projekten, Ideen und kreativer Leidenschaft für interkulturelles Verständnis und soziale Integration sorgen. Bewerbungen können sich zum Beispiel Kulturinitiativen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, oder Vereinen, die Konzerte oder Kunstevents organisieren, um die soziale Integration von Jugendlichen zu fördern. Alle, die mit einem gemeinnützigem Projekt kulturelle Brücken bauen, sind aufgerufen,



ihre Initiativen einzureichen.

Das Teilnahmeformular und weitere Informationen finden sich unter [www.spdfraktion.de/ottowelspreis](http://www.spdfraktion.de/ottowelspreis). Einsendeschluss ist der 31. März 2014. Unter allen Einsendungen wählt eine Jury der SPD-Bundestagsfraktion drei Sieger aus. Diese werden im Mai zum prominent besuchten Frühjahrsempfang der Fraktion nach Berlin eingeladen, wo sie für ihr soziales Engagement ausgezeichnet werden.

---

### **Impressum**

---

Sören Bartol, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitarbeiter/-innen:  
Joan Mirbach, Till Strecker, Sarah Rohde  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 / 227-70191  
Fax: 030 / 227-76351  
E-Mail: [soeren.bartol@bundestag.de](mailto:soeren.bartol@bundestag.de)  
[www.bartol.de](http://www.bartol.de)